



Interviews

"Informationen am Morgen" Datum: 08.08.2024

Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan?

Dirk Müller im Gespräch mit CSU-Generalsekretär Martin Huber

Müller: Die konsequente Abschiebung von Gewalttätern auch nach Syrien, auch nach Afghanistan, das hat der Kanzler zumindest in Aussicht gestellt, ebenso tut das seine Innenministerin inzwischen. Nancy Faeser will keine weiteren Details nennen. Offenbar gibt es Verhandlungen, eventuell sogar mit Drittstaaten. Kein weiterer Kommentar dazu vom Bundesinnenministerium. Und Annalena Baerbock wiederum lehnt Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan weiterhin ab, weil beide Länder nicht sicher sind, so argumentiert offiziell das Außenministerium. Die Diskussion, der Streit darüber hat zusätzlich Fahrt aufgenommen durch die Vorgänge in Stuttgart vor rund einer Woche. Die FAZ berichtet darüber, viele Medien berichten darüber, die Bildzeitung auch. Bei einem Messerattentat mitten in der Innenstadt von Stuttgart am helllichten Tag sind drei Männer verletzt worden, einer von ihnen musste notoperiert werden. Der mutmaßliche Täter, ein 17-jähriger, polizeibekannter Straftäter, hat bereits mehr als 20, 30 Ermittlungsvorgänge auf seinem Konto. 110 solcher Ermittlungsvorgänge liegen nach Medienberichten gegen die Familie des Täters vor. Mögliche Abschiebungen nach Syrien, nach Afghanistan – wie soll das gehen in der Praxis? Unser Thema jetzt mit Martin Huber, Generalsekretär der CSU, einen schönen guten Morgen.

Huber: Guten Morgen.

Müller: Herr Huber, können Sie sich jemanden in der Bundesregierung vorstellen, der Verhandlungen aufnimmt mit Baschar al-Assad?

Huber: Schauen Sie, die Frage ist doch ehrlicherweise ein bisschen am Kern vorbei. Zunächst einmal geht es doch ganz klar darum deutlich zu machen, wer hier straffällig geworden ist, der hat sein Gastrecht verwirkt. Und ich bin bei dieser Frage ehrlicherweise schon etwas verwundert, denn es bestehen ja Kontakte sowohl nach Syrien als auch nach Afghanistan. Die Bundesregierung leistet Entwicklungshilfe sowohl nach Syrien als auch nach Afghanistan. Das heißt, die Kontakte bestehen. Und insofern ist es doch völlig klar, diese Kontakte können, ja, müssen auch genutzt werden, um auch über Abschiebungen zu sprechen.

Und insofern ist es hier auch dringend notwendig, dass die Grünen hier ihre Blockade endlich aufgeben, zumal ja auch das Oberverwaltungsgericht in Münster deutlich gemacht hat, dass für Syrien kein subsidiärer Schutz mehr gilt und insofern, wie gesagt, die bestehenden Kontakte müssen auch genutzt werden, um über Abschiebungen zu reden.

Müller: Herr Huber, auch, wenn Sie das absurd finden, Sie kennen sich ja da besser aus, also es gibt direkte Kontakte zum syrischen Staatschef?

Huber: Die Bundesregierung leistet Entwicklungshilfe und insofern scheinen ja offensichtlich auch Kontakte vorhanden zu sein. Und deswegen wundere ich mich schon, dass es einerseits Kontakte gibt, um Entwicklungshilfe zu leisten, dass andererseits aber auch gerade von der Bundesregierung der Eindruck erweckt wird, es gäbe keine Gesprächskanäle nach Syrien und Afghanistan. Das kann nicht sein. Ich sage eher klipp und klar, wer sich weigert, bei Rückführungen mitzuhelfen, dem muss auch die Entwicklungshilfe gekürzt werden.

Müller: Und Sie würden verhandeln, egal, mit wem?

Huber: Es ist dringend notwendig, dass wir diese Gespräche suchen. Und ich verstehe ehrlicherweise auch die Diskussion nicht. Wenn wir mit diesen Staaten verhandeln, dass wir Geld für Entwicklungshilfe dorthin überweisen, dann ist es doch nur recht und billig, die gleichen Gesprächskanäle auch dafür zu nutzen, um Rückführungen dorthin zu organisieren. Ich weiß ehrlicherweise nicht, wo hier das Problem ist.

Müller: Das läuft ja häufig über Hilfsorganisationen, offenbar gar nicht direkt mit den staatlichen Stellen, wenn wir das richtig verstanden haben. Ist diese Annahme falsch?

Huber: Ja, unabhängig davon scheinen ja die Gesprächskanäle offen zu sein. Und insofern sollte man doch diese Gesprächskanäle dann auch nutzen. Also ich finde es schon absurd, der deutschen Bevölkerung zu erzählen, wir haben Ansprechpartner, mit denen wir vereinbaren können, wieviel Entwicklungshilfe wir wohin überweisen in diese Länder und gleichzeitig, wenn es um unsere Anliegen geht, wenn es darum geht, das Sicherheitsgefühl der Menschen in Deutschland zu stärken, wenn es darum geht, die innere Sicherheit in Deutschland zu stärken, wenn es darum geht, Intensivstraftäter zurückzuführen nach Syrien und Afghanistan, dann stellt man sich hin und sagt, ja, wir haben keine Gesprächskanäle. Das ist grotesk und absurd und das, denke ich, kann man so auch nicht stehenlassen.

Müller: Jetzt gibt es ja eine Rechtslage. Es gibt sichere Herkunftsstaaten, die auch immer genau dann im Einzelfall definiert. Sind Sie sicher, dass Syrien, sind Sie sicher, dass Afghanistan sicher ist?

Huber: Schauen Sie, es gibt ja jetzt auch ein Urteil des Oberverwaltungsgerichtes in Münster, das deutlichgemacht hat, es kann auch nach Syrien abgeschoben werden. Es gilt für Syrien nicht mehr der subsidiäre Schutz. Es ist, wenn, dann eine Einzelfallprüfung notwendig. Und insofern ist dieses Urteil vom Oberverwaltungsgericht Münster schon auch wegweisend, weil es deutlichmacht, es gibt auch innerhalb Syriens sichere Regionen, in die abgeschoben werden kann. Und noch einmal, entscheidend hierfür ist doch auch die innere Sicherheit in Deutschland. Es kann doch nicht sein, dass Intensivstraftäter wie jetzt der Syrer, der in Stuttgart hier diese Messerattacke durchgeführt hat, dass der sich dann auf den deutschen Rechtsstaat berufen kann und nicht zurückgeführt werden kann nach Syrien. Hier ist die oberste Priorität in der inneren Sicherheit in Deutschland zu sehen und nicht bei grünen Befindlichkeiten.

Müller: Herr Huber, ganz kurz vielleicht noch mal. Das Auswärtige Amt sagt ja, wir können das nicht verantworten. Es gibt immer noch Berichte, schwerste Menschenrechtsverletzungen durch die UNO herausgegeben, darunter Folterpraktiken und Hinrichtungen, von denen in der Vergangenheit auch schon Rückkehrer betroffen waren. Wischen Sie das einfach so weg?

Huber: Es geht darum, dass wir Straftäter zurückführen. Denn wer hier Schutz und Sicherheit sucht und straffällig wird und dann hier die Bevölkerung mit Messerattacken angreift, der hat in meinen Augen definitiv sein Aufenthaltsrecht verwirkt, der hat in Deutschland nichts mehr zu suchen. Und deswegen muss hier auch zurückgeschoben werden. Der Kanzler selbst hat es ja auch angekündigt.

Müller: Das hat der Kanzler gesagt. Aber ich habe Sie ja noch mal gefragt. Folterpraktiken, Hinrichtungen – würden Sie die als verantwortlicher Politiker in der Regierung, würden Sie dieses Risiko eingehen, auch einem syrischen Straftäter in Deutschland gegenüber?

Huber: Ich orientiere mich hier an dem Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Münster, was deutlichgemacht hat, dass es auch in Syrien sichere Regionen gibt, dass nach Syrien abgeschoben werden kann und dass eben auch für Syrien nicht mehr der subsidiäre Schutz gilt.

Und insofern haben wir hier ein klares Gerichtsurteil des Oberverwaltungsgerichtes Münster, das auch als Orientierung dient.

Müller: Es dient als Orientierung. Es geht um den politischen Willen. Sie würden dieses Risiko eingehen, dass diese Menschen, die abgeschoben werden, eventuell auch gefoltert werden, dass sie eingesperrt werden?

Huber: Mir geht es um die innere Sicherheit in Deutschland. Mir geht es darum, dass klar ist, in Deutschland gilt der Rechtsstaat. Wer hier mit Messerattacken auf unseren Straßen die eigene Bevölkerung bedroht, der hat in Deutschland nichts verloren.

Müller: Wir schauen mal auf die Abschiebep Praxis in den vergangenen Jahren. Wir haben ja einige Zahlen gefunden, offiziell zumindest vom Bundestag angegeben. 23.000 Abschiebungen 2018, 13.000 2022, etwas paraphrasiert, die Zahlen. 16.000 2023. Jetzt im ersten Quartal, weitere Zahlen haben wir nicht gefunden, 4.700. Das heißt, in der Praxis hat sich nach Lesart dieser Zahlen sehr, sehr wenig getan. Die Abschiebungen sind noch geringer geworden. Wer blockiert?

Huber: Ja, das liegt ja auf der Hand, wenn ich mir die Äußerungen anschau von Außenministerin Baerbock und von anderen Stimmen aus den Grünen. Und deswegen ist klar, die Grünen müssen hier endlich die Blockade aufgeben. Die Grünen müssen auch die Verhandlungen entsprechend anpacken. Es ist ja nicht zuletzt auch Aufgabe der Außenministerin und insofern ist klar, hier muss endlich die grüne Blockade enden. Es geht hier um die innere Sicherheit in Deutschland und nicht um die Befindlichkeiten der Grünen.

Müller: Aber es gibt ja auch viele Verhandlungen der Regierungen. Auch die alte Regierung hat ja schon versucht beispielsweise mit den maghrebischen Staaten in irgendeiner Form einen Konsens zu finden, dass Straftäter zurückgeführt werden können. Auch von dort, wenn wir das richtig verstanden haben, gibt es immer wieder das Signal: Wir nehmen diese Straftäter nicht wieder zurück. Was wollen Sie denn da machen?

Huber: Na ja, gerade, was die Maghreb-Staaten betrifft, geht es ja hier auch darum, dass wir die Liste der sicheren Herkunftsstaaten erweitern. Hier ist es ja auch so, dass eine Einstufung als sicherer Herkunftsstaat hier auch die Verfahren entsprechend beschleunigt bzw. nicht mehr notwendig macht. Und insofern sagen wir klipp und klar, die Liste der sicheren Herkunftsstaaten muss erweitert werden. Und darüber hinaus gilt natürlich auch, dass die

Kontrollen an den Außengrenzen der Europäischen Union funktionieren müssen, dass die Verfahren fürs Asyl auch außerhalb der Europäischen Union stattfinden müssen. Die Drittstaatenregelungen, all das sind auch Maßnahmen, für die wir uns einsetzen. Denn eins ist auch klar, Migration ohne Begrenzung, das ist eine linke Lebenslüge. Wir sehen wie diese linke Lebenslüge scheitert. Deswegen sagen wir klipp und klar, Migration muss gesteuert und begrenzt werden.

Müller: Herr Huber, die Frage war ja: Tunesien, Algerien, Marokko, was können Sie da machen, wenn diese Staaten sagen, wir nehmen niemanden zurück?

Huber: Das Einfachste wäre, diese Staaten als sichere Herkunftsstaaten einzustufen, dann wäre schon mal vieles geregelt.

Müller: Und wenn die Staaten dann sagen, interessiert uns nicht, wir nehmen keinen zurück, das ist ja die Frage. Ich verstehe das jetzt nicht ganz wie Sie argumentieren.

Huber: Dann gilt es, auch hier zu überlegen, inwieweit wir auch beispielsweise bei Zahlungen der Entwicklungshilfe die Zahlungen zurückfahren. Aber gerade die Staaten, die Sie ansprechen, da wäre natürlich die beste Lösung, wenn man diese Staaten als sichere Herkunftsstaaten einstuft, dann wäre natürlich vieles auch schnell geregelt.

Müller: Bei uns heute Morgen im Deutschlandfunk-Interview Martin Huber, Generalsekretär der CSU, danke für Ihre Zeit, einen schönen Tag.

Huber: Sehr gerne, alles Gute.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.